KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 270 - 29. Jahrgang
NOVEMBER 2021
Spendenbeitrag 50 Cent

WIR REGIEREN WIEDER

Bei nur einer Enthaltung stimmte am 13.11. der Landesparteitag dem Koalitionsvertrag zwischen SPD und Linkspartei zu. Nun kann es also losgehen, mit unseren Ministerinnen Simone Oldenburg und Jacqueline Bernhardt (Foto), die einstimmig die Zustimmung der Delegierten zu ihrer Nominierung erhielten.

Anders als CDU und FDP im Land befürchten, wird nun nicht der Sozialismus ausbrechen. Bodo Ramelow betonte in einer Grußbotschaft, dass wir Kompromisse eingehen müssen, dass wir aber die historische Chance hätten, wichtige erste Schritte zu gehen und linke Impulse zu setzen. Von einem Aufbruch für M-V, aber auch für unsere Partei sprach Simone Oldenburg. Opposition sei in dieser Situation keine Alternative, M-V müsse von der konservativen Bremse befreit werden.

Simone rechnete gewohnt scharfzüngig mit unseren politischen Konkurrenten ab. Anders als früher war aber nicht die SPD ihr Ziel – da müssen wir uns jetzt umstellen, zumindest auf Landesebene –, sondern vor allem die Grünen, die uns vorgeworfen hatten, im Koa-Vertrag zu wenig eigene Inhalte durchgesetzt zu haben. Keine Partei sei beliebiger als die Grünen, sagte Simone.

Die Leiter der Arbeitsgruppen in den Koa-Verhandlungen nahmen sich sehr viel Zeit, den Delegierten das Regieren schmackhaft zu machen. Das Wahlergebnis sei bescheiden gewesen, meinte die Landesvorsitzende Wenke Brüdgam, die Ergebnisse im Koalitionsvertrag seien es nicht. Geschlossen, sehr gut vorbereitet und professionell habe DIE LINKE verhandelt. Sie konnte nicht alles durchsetzen, aber zufrieden müsse man trotzdem sein. Und kleine Schritte seien besser als keine Schritte, ergänzte Wolfgang Methling.

Das frischgebackene Landtagsmitglied Christian Albrecht ist jedenfalls mit seinem Fachgebiet Hochschulen sehr zufrieden. Eva-Maria Kröger bei den Themen Kultur und Wohnen genauso. Kultur und Theater erhalten stetig mehr Geld. Bildende Künstler sollen Ausstellungshonorare bekommen. In der Bodenpolitik soll Erbpacht Vorrang vor Verkauf haben. Kommunen sollen bei der Bodenbevorratung unterstützt werden. Michael Noetzel bedauert zwar, dass der Verfassungsschutz nicht abgeschafft wird. Aber die Kontrolle soll intensiver werden.

Vieles lässt sich nur im Bund durchsetzen, aber auch dort wollen wir Druck machen: Kindergrundsicherung, Eigenanteil in der Pflege ...

Fortsetzung auf S. 3

WARME WOHNUNG STATT SOZIALER KÄLTE

Am 4. November wurden erste Ergebnisse einer EU-Erhebung veröffentlicht. Danach hatten 7,4 Millionen Menschen – das sind 9 Prozent von 82,2 Millionen Menschen in Deutschland – nicht genug Geld, um ihre Wohnung angemessen zu heizen. DIE LINKE fordert in ihrem ersten Antrag in der 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages einen „Keiner-soll-frieren-Plan“ von der Bundesregierung. Es darf nicht sein, dass die Aktienkurse der Konzerne in den Himmel wachsen und gleichzeitig 7,4 Millionen Menschen nicht genug Geld haben, um ihre Wohnung angemessen zu heizen.

Die Preise für Produkte des täglichen Lebens sind deutlich gestiegen. Die Inflationsrate lag im Oktober 2021 bei 4,5 Prozent, die Verbraucherpreise für Energie stiegen im vergangenen Jahr um über 18 Prozent. Angesichts des nahenden Winters besteht wegen der hohen Energiepreise dringender Handlungsbedarf. Wir brauchen unverzüglich einen „Keiner-soll-frieren-Plan“, damit sich alle eine warme Wohnung leisten können. Insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen brauchen schnelle, konkrete Hilfe.

In dieser Ausgabe

Seite 2: VVN-BdA
Seite 3: Landesparteitag
Seite 4/5: Linke Strategien
Seite 6/7: Bürgerschaft
Seite 8: Kommunalpolitik
Seite 9: Michael Noetzel
Seite 10: Politische Bildung
Seite 11: Termine
Seite 11: Volkssolidarität
Seite 12: Klimapolitik

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
mit viel Hoffnung kehren wir vom Landesparteitag zurück. Es ist eine Aufbruchsstimmung zu spüren, die wir uns hoffentlich möglichst lange bewahren können, denn die guten Nachrichten waren in letzter Zeit selten. Es macht Mut zu sehen, dass eine große Mehrheit in der Partei trotz schmerzender Wahlniederlagen nun gemeinsam diesen Weg gehen will.
Natürlich gibt es bei uns Genossen, die wieder alles nur negativ sehen. Eine kritische Haltung kann ja als Korrektiv auch nützlich sein, aber den richtigen Ton sollte man dabei treffen.
Unser herzlicher Dank geht wieder an unsere Autoren, ganz besonders an Martin Raspe, der sich einmal mehr der anstrengenden und zeitraubenden Aufgabe widmete, die vergangene Sitzung der Bürgerschaft auszuwerten.
Mehr ist an dieser Stelle nicht zu sagen, es wartet in dieser Ausgabe noch genug Text auf Euch.
Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion. *Carsten Penzlin*

AKTUELLES

Neuer VdN-Gedenkort beschlossen

Am 3. November beschloss die Rostocker Bürgerschaft einstimmig, auf dem Neuen Friedhof einen neuen Gedenkort für die Verfolgten des Nazi-Regimes zu errichten. An diesem Gedenkort sollen die Namen aller Verfolgten, die auf Rostocker Friedhöfen bestattet sind, sichtbar werden, um sie im Bewusstsein der Stadtgesellschaft lebendig zu halten. Dazu werden hier Grabsteine vor allem aus den öffentlichen Bestattungsfeldern und würdige Namenstafeln eingeordnet.
Die Rostocker Gruppe der VVN-BdA hat sich über viele Jahre für ein solches Erinnerungsmal eingesetzt und wichtige Vorarbeiten dazu geleistet. Gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen, wie dem Max-Samuel-Haus, wurde zu den Verfolgten des Nazi-Regimes recherchiert und ein Vorschlag für die zu nennenden Namen zusammengestellt. Er enthält zur Zeit 32 Grabsteine und 150 Namen für die Tafeln. Dabei wurde davon ausgegangen, alle Verfolgten, unabhängig davon, warum sie von den Nazis einer Verfolgung ausgesetzt waren, aufzunehmen, also die als Juden verfolgten, Sinti und Roma und die politisch Verfolgten aus der Arbeiterbewegung und andere.
Zwei Broschüren mit biographischen Skizzen von Verfolgten der Nazis, die auf Rostocker Friedhöfen bestattet sind, entstanden in der VVN-BdA Gruppe unter Federführung von Dr. Johanna Jawinsky bzw. Hannelore Rabe. Mit Unterstützung von Oberbürgermeister Roland Methling wurde auf einem historischen Gräberfeld 2015 einen Erinnerungsort für VdN mit einer Bronzetafel des Bildhauers Wolfgang Friedrich geschaffen. Damals war es noch nicht möglich, dort alle Namen einzuordnen. Dieses lange gehegte Anliegen der VdN wird mit dem Neuen Gedenkort endlich Wirklichkeit.
In den nächsten Monaten wird durch das Amt für Stadtgrün und Friedhöfe an der Gestaltung des neuen Gedenkortes gearbeitet werden. Dabei wird die Zusammenarbeit zwischen dem Amt und der VVN-BdA sowie anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie der Arbeitsgruppe „Gedenken“ der Bürgerschaft sicher vertrauensvoll weitergeführt. *Henning Schleiff*

Gedenken in Rostock mit Regine Lück u.a.

KULTUR

Erinnerungen an Kurt Barthel (KuBa)

Unter dem Motto „Es kommt Dein Tag, Genosse Spartakus!“ trafen sich am 13. November in den neuen Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Peter-Weiss-Haus in Rostock Interessierte zu einer Lesung aus einem Erinnerungsband an Kurt Barthel (KuBa). Eingeladen hatten die Rostocker Gruppe der VVN-BdA und die Rosa-Luxemburg-Stiftung. KuBa war am 12.November 1967, erst 54jährig, während eines Gastspiels des Volkstheaters Rostock in Frankfurt am Main an einem Herzinfarkt verstorben. 10 Jahre hatte er als Chefdramaturg am Rostocker Theater gewirkt und mit den Rügenfestspielen über die Ballade von Claus Störtebeker, mit „Terra incognita“ über die Erkundung und Förderung von Erdöl im Raum Grimmen sowie mit vielen großen Festprogrammen auf dem Platz der Jugend den Rostockern und anderen Menschen an der DDR-Ostseeküste gemeinsam mit Hanns Anselm Perten und seinem Theater bleibende Erlebnisse ermöglicht.
Der Raum im Peter-Weiss-Haus ist unter Corona-Bedingungen bis auf den letzten Platz gefüllt, 42 Personen sind gekommen. Raimund Ernst liest aus Erinnerungen von Weggefährten KuBa’s während seiner Jugend in Sachsen und seinen Emigrationsjahren in Tschechien und Großbritannien. Dabei wird das antifaschistische Wirken des jungen Kurt Barthel in der sozialdemokratischen Jugend lebendig. Sein engagiertes und kluges Eintreten für die Entwicklung von Jugend- und Kindergruppen in seiner sächsischen Heimat. Seine ersten Schreibversuche beeindrucken. Er trifft Menschen von denen er lernt, so Louis Fürnberg. Die Nazis haben ihn schon vor dem 30. Januar 1933 als Feind ausgemacht. Sie jagen ihn. Er muss untertauchen. Sozialdemokratische und kommunistische Genossen helfen ihm. Sie leiten ihn über die „grüne Grenze“ nach Tschechien. Er lebt in Prag und ist dort politisch aktiv bis die deutschen Faschisten nach dem Sudetenland auch Tschechien okkupieren. Kurt Barthel muss wieder emigrieren, über Katowice gelingt ihm die Flucht nach England.
Durch einige Gedichte spricht KuBa selbst zu den Anwesenden im Peter Weiss Haus. Die Atmosphäre im Raum ist mit Erinnerungen angefüllt. Herzlich begrüßt wird die Tochter Hela Barthel. Ihr Bruder Jochen hat den Erinnerungsband erweitert neu herausgegeben. Ursprünglich war er 1985 von Ruth Barthel veröffentlicht worden. Auch an Ruth erinnern sich manche der Anwesenden und sprechen von ihr, als einer politisch engagierten, klugen, bescheidenen Frau. Sie musste mit ihren Eltern als Jüdin das faschistische Deutschland verlassen und traf den rothaarigen Kurt in England, wo sie heirateten. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen Lesungen und Gesprächsrunden zu KuBa’s Wirken in der DDR und speziell zu seiner Zeit am Volkstheater Rostock folgen.
Henning Schleiff

BERICHT VOM LANDESPARTEITAG

Fortsetzung von S. 1

Immer wieder betont wurde die gute Verhandlungsatmosphäre mit den Sozen, z.B. von Christian Albrecht: ruhig, sachlich, pragmatisch. Hoffentlich könne man diesen Geist aus den Koalitionsverhandlungen in die Regierung retten. Nicht verschweigen sollten wir, dass viele Formulierungen im Koa-Vertrag wolkig und abstrakt sind, die Umsetzung quasi eine Frage der Interpretation, wie der koalitionserfahrene Wolfgang Methling es formulierte. Wir sollten aber das Vertrauen in unsere Ministerinnen und Abgeordneten haben, dass wir linke Inhalte durchsetzen werden, warb Torsten Koplin. Natürlich sind die finanziellen Spielräume sehr begrenzt (alleine die Vorhaben bei Kitas und Schulen kosten 100 Mio.), aber gerade in gesellschaftspolitischen Fragen sind die Schnittmengen mit der SPD sehr groß. Dinge wie die Senkung des Wahlalters auf 16 kosten ja kein Geld, waren aber mit der CDU nie durchzusetzen. Torsten Koplin sprach von einem Aufbruch. Die Gesellschaft freier, solidarischer und sozial gerechter zu machen – das sei Fortschritt in unserem Sinne. Und zumindest bei den Krankenhäusern stellen wir auch die Eigentumsfrage, indem wir Kommunen und Kreise bei der Rekommunalisierung unterstützen wollen.

Bereits im Vorfeld des Parteitages gab es Stimmen, die den Absatz des Koa-Vertrages zum Thema Erinnerungskultur ablehnten, weil die DDR einseitig bzw. falsch kritisiert werde. Das würde uns weitere Wählerstimmen kosten. An dieser Stelle lohnt ein Blick nach Thüringen. Ihr werdet Euch an die Unrechtsstaatdebatte vor einigen Jahren erinnern. Unterm Strich hat DIE LINKE dort eher davon profitiert, dass sie negative Dinge nicht auf die übliche Weise relativierte. Gleiches lässt sich für die Berliner LINKE sagen. Links denkende und fühlende Menschen jungen und mittleren Alters legen viel Wert darauf, dass wir klar die Fehler der Vergangenheit benennen.

Auf dem Parteitag gab es den Auftritt eines Güstrower Genossen, der lieber über die Untaten in der alten BRD sprechen wollte. Die Ostsee-Zeitung griff dies begierig auf. Betretenes Schweigen im Saal, aber auch Wut darüber, dass der Nicht-Delegierte eine solche Veranstaltung als Bühne für sich missbrauchte. Mit dem Koalitionsvertrag hatte der Redebeitrag jedenfalls nichts zu tun.

Nun geht es ans Regieren. Wir werden auch Erwartungen enttäuschen. Peter Ritter mahnte: Anders als in der Regierungszeit 1998-2006 sollte die Partei auch bei Gegenwind solidarisch hinter unserer Mannschaft stehen. Dann können wir hier bei uns einen Beitrag dazu leisten, dass DIE LINKE wieder in die Erfolgsspur kommt.

Carsten Penzlin

* * *

Glück im Unglück

Trotz verlorener Bundes- und Landtagswahlen hatte die LINKE Glück im Unglück. Bei der Bundestagswahl waren es die 3 Direktmandate, die unserer Partei die Sitze im Bundestag gerettet haben. Bei der Landtagswahl rettete uns die SPD mit Ihrem Angebot zur Aufnahme von Sondierungsgesprächen vor dem Gang in die Bedeutungslosigkeit.

Wir sollten und dürfen unser Glück nicht überstrapazieren, sondern müssen es nutzen, um Vertrauen in unsere Politikansätze zurück zu gewinnen. Jetzt, nachdem der Koalitionsvertrag unterzeichnet wurde, kommt es für uns als kleinerer Regierungspartner darauf an, unser Regierungshandeln nachvollziehbar, also transparent zu gestalten. Erfahrungsgemäß ist es sehr sachdienlich, wenn unsere neu gewählten Ministerinnen sich externen Sachverstand für ihre verantwortungsvolle Arbeit zu Nutze machen.

Unser Außerordentlicher Landesparteitag vom 13.11. hat eindrucksvoll gezeigt, dass es von Seiten unserer Mitgliedschaft die Bereitschaft für einen Neuanfang gibt, das Vertrauen in unsere handelnden Persönlichkeiten groß ist.

Liebe Genossinnen Oldenburg und Bernhardt, liebe Mitglieder der Landtagsfraktion bitte enttäuscht uns nicht, werdet unserem Vertrauen gerecht. Wir stehen an eurer Seite, stärken euch den Rücken und wenn notwendig auch schützend vor euch!

Solidarische Grüße
Peter Hörnig

VORSCHLÄGE FÜR EINE LANGFRISTIGE STRATEGIE DER PARTEI DIE LINKE

1. Die Problemlage

Die Wahlergebnisse der Partei haben sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert. Mit der Bundestagswahl 2021 wurde ein Tiefpunkt erreicht. Es gibt massive Forderungen, aus dieser Entwicklung Konsequenzen zu ziehen. So forderte unsere Co-Vorsitzende Susanne Hennig-Wellsow am Wahlabend dazu auf, die Partei neu zu entwickeln. Gregor Gysi fragt: „Welchen Platz hat Die Linke im politischen System der Bundesrepublik, was ist das unverwechselbar Eigene ...? (nd, 02.10.21). In zahlreichen weiteren Beiträgen wird eine Erneuerung der Partei, insbesondere eine neue Bestimmung ihrer Strategie gefordert. Darin sehen die meisten Autoren die Hauptursache für die Wahlniederlagen.

„Obgleich die unterschiedlichen Zusammenschlüsse in der Partei konstruktiv und lebhaft die Ursachen der Niederlage diskutieren, ist der Prozess der Tiefenanalyse im Parteivorstand nach meinem Eindruck noch nicht in Gang gekommen“, stellt Hans Modrow fest (jW, 12.10.21). Der Bundesausschuss fordert in seinem Beschluss vom 10.10.2021, „den 2020 abgebrochenen Prozess der innerparteilichen Strategiedebatte gemäß der eigenen Beschlusslage wieder anzustoßen.“ Auch aus dem Strategiepapier, das die wiedergewählten Fraktionschefs Dietmar Bartsch und Amira Mohamed Ali als Diskussionsgrundlage für eine zweitägige Klausur erstellt hatten, ist eine neue Strategie nicht erkennbar (Stemmler, jW, 29.10.21).

2. Das Alleinstellungsmerkmal der Partei

Wir sind die einzige der gegenwärtig im Bundestag und den Landtagen vertretenen Parteien, deren originäres Anliegen nicht der Erhalt des ökonomischen Systems des Finanzkapitalismus ist. Unser Alleinstellungsmerkmal ist deshalb eine antikapitalistische Grundorientierung.

Gegen eine antikapitalistische Grundorientierung könnten folgende Argumente eingewandt werden.

- Die Zeit ist noch nicht reif, die Linke ist viel zu schwach, um solche Ziele umzusetzen.

Dagegen spricht: Wenn wir die Jugend begeistern wollen, muss sie Ziele haben, für die man kämpfen muss. Mit der Verschönerung unserer Heimat können wir keinen hinterm Ofen hervorlocken. Wenn wir uns das Ziel nicht setzen, werden wir es nie erreichen.

- Das Ziel lenkt ab von dem gegenwärtigen, im Mittelpunkt stehenden Kampf um die Verbesserung der Lage der Bürger.

Dagegen spricht: Beim Kampf um aktuelle Veränderungen ist der Blick auf das Grundsätzliche und künftig Mögliche oft hilfreich und sogar nötig, wie folgende Beispiele zeigen. Beim Kampf um soziale Gerechtigkeit, um gleiche Bildung für alle oder um mehr finanzielle Mittel des Staates für die Daseinsvorsorge lassen sich die durch das ökonomische System bedingten Grenzen dieses Kampfes aufzeigen. Es muss verdeutlicht werden, dass sich der Kampf um die Rettung der Welt vor den drohenden ökologischen Katastrophen unter den Bedingungen eines profitorientierten Systems des Finanzkapitalismus nicht gewinnen lässt. Damit gehen wir über die viel zu kurz greifenden Ansätze der aktuellen Klimadebatten hinaus. Es geht nicht nur um das Klima und um einen grünen Kapitalismus.

- Ein erklärter Antikapitalismus als Hauptziel führt zu Problemen mit der Verfassung.

Dagegen spricht: Antikapitalismus ist nicht verfassungsfeindlich. Das setzt voraus, dass zusammen mit der antikapitalistischen Grundorientierung ein klares Bekenntnis zur Verfassung und der damit verbundenen freiheitlich-demokratischen Grundordnung erfolgt. In der bundesdeutschen Verfassung ist das Wirtschaftssystem nicht vorgeschrieben.

- Eine antikapitalistische Grundorientierung könnte mögliche Regierungspartner verprellen.

Dagegen spricht: Eine solche Grundorientierung widerspricht nicht dem Engagement der Partei zu Verbesserung der aktuellen Situation, das die Grundlage für Regierungskoalitionen ist. Mit dem klaren Bekenntnis zu demokratischen Grundwerten wird die Debatte auf die Auseinandersetzung um eine sinnvolle ökonomische Struktur der Gesellschaft verlagert.

3. Zur Entwicklung einer neuen Strategie

Mit einer antikapitalistischen Grundorientierung ist sowohl alles als auch nichts gesagt. Es muss eine konkrete Strategie für den Kampf um eine Erneuerung der Gesellschaft vorhanden sein. Da diese nicht existiert, geht es zunächst um eine Strategie zur Entwicklung einer solchen Strategie. Dieser Entwicklungsprozess sollte die folgenden zwei Schwerpunkte haben.

3.1. Erneuerung der philosophischen Grundlagen linker Politik

Wir halten die philosophischen und gesellschaftspolitischen Grundlagen, wie sie insbesondere vom Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung entwickelt wurden, für nicht ausreichend. Das Forschungsparadigma des Instituts ist die Transformationsforschung. Das entwickelte Konzept einer großen Transformation ist ein Mittelding zwischen Reform und Revolution. „Als *erste Seite* einer doppelten Transformation in Deutschland und in großen Teilen Europas ist für eine lange Zeitspanne im besten Falle eine progressive demokratische Transformation zu erwarten, die stärker sozial und ökologisch orientiert ist als bisher – unter der notwendigen Voraussetzung einer Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links“ (Dieter Klein & Mario Candeias, ABC der Transformation: Doppelte Transformation, Heft 01/2017, S. 124-129).

Dass diese Herangehensweise nicht zu Lösung der aktuellen Probleme beigetragen hat, zeigt unter anderem der Beitrag von Horst Kahrs, einem verantwortlichen Mitarbeiter des IfG, am 28.09. im nd, in dem er beklagt, dass die Partei kein strategisches Ziel hat und eine Reihe von Fragen aufwirft, für deren Beantwortung er eigentlich mit zuständig ist. Ursachen für die theoretischen Auffassungen sind die Ausrichtung an der „kritischen Theorie“, die insbesondere von Theodor W. Adorno geprägt wurde, der mit seiner „negativen Dialektik“ viele wesentliche Kerngedanken der Hegelschen Dialektik ablehnt, sowie an den Auffassungen des Politikwissenschaftlers Nicos Poulantzas (1936-1979), der das Hauptfeld des Kampfes für einen demokratischen Sozialismus in der Eroberung der politischen Macht sieht bei Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in einer ersten Phase. Das IfG hat es bisher versäumt, eine fundierte Auseinandersetzung mit vielen anderen Ansätzen wie etwa dem dialektischen und historischen Materialismus, den Auffassungen von Meinhard Creydt, Dietmar Dath oder Sahra Wagenknecht vorzunehmen.

Prof. Hans-Dieter Sill

Wir halten eine grundlegende Erneuerung der philosophischen Grundlagen linker Politik für erforderlich. Dabei kommt dem IfG aufgrund seiner finanziellen und personellen Ressourcen mit gegenwärtig 26 fest angestellten und 14 assoziierten Mitarbeitern sowie sechs langfristigen Fellows eine besondere Verantwortung zu. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat weiterhin etwa 120 Vertrauensdozenten, von denen viele in den Prozess der philosophischen Erneuerung einbezogen werden können. Die politischen Stiftungen in Deutschland haben das Ziel „durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten ...“ (Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der politischen Stiftungen).
Ein Prozess der Erneuerung besteht im Anschluss an die Theorie der dialektischen Aufhebung von Hegel aus folgenden drei Momenten.

- Erhalten des zu Bewahrenden,
- Beseitigen wesentlicher Elemente des Gegenwärtigen,
- Schaffung wesentlicher Momente einer neuen Entwicklungsstufe

Im Ergebnis dieses Gesamtprozesses entsteht dann eine neue linke Philosophie, die Orientierungen für das Ziel und den Verlauf der politischen Kämpfe liefert. Dabei kommt der Entwicklung eines klaren und verständlichen Begriffssystems eine besondere Bedeutung zu.

3.2. Entwicklung eines Konzeptes zur Erneuerung der Gesellschaft

Während die Erneuerung linker Philosophie schon jetzt in Angriff genommen werden kann und muss, geht es bei der Erneuerung der Gesellschaft zunächst um die Entwicklung eines Konzeptes.
Das bedeutet, dass zunächst das zu Bewahrende, das zu Beseitigende und das zu Schaffende bestimmt werden müssen. Dies kann nur in einem gemeinschaftlichen Vorhaben mit Vertretern aus allen gesellschaftlichen Bereichen erfolgen. Es gibt in allen Schichten der Gesellschaft eine breite, mehr oder weniger klar artikulierte Unzufriedenheit mit vielen aktuellen Zuständen. Diese Unzufriedenheit aufzugreifen, zu bündeln sowie in konstruktive und ergebnisorientierte Bahnen zu lenken, ist die Aufgabe der Linken. Wir schlagen vor, bundesweite Arbeitsgruppen zu bilden mit linken Parlamentariern, Wissenschaftlern, Finanzökonomen, Medizinern, Künstlern, Militärs, Umweltschützern, Richtern, Händlern, Stadtplanern, Arbeitern, Bauern und anderen. Das Vorauszusetzende und Verbindende aller Mitglieder der Arbeitsgruppen sollte die antikapitalistische Grundorientierung sein, d. h. das Streben nach Überwindung des finanzkapitalistischen Wirtschaftssystems.
Die Fragen der Organisation und inhaltlichen Verantwortung für die Arbeit der Projektgruppen sollte in einem erneuerten IfG der RLS liegen.
In diesen Projektgruppen sollten die gegenwärtigen Zustände in den jeweiligen Bereichen kritisch analysiert, die Befindlichkeiten der gesellschaftlichen Gruppen zusammengetragen, die Funktionsweisen dargestellt sowie die Hintergründe offengelegt werden. Beispiele sind:

- Wie funktionieren Parlamente wirklich?
- Welche Strukturen behindern die Entwicklung von Wissenschaft?
- Welche Rolle spielen Börsen im Finanzkapitalismus?
- Wie beeinflussen private Krankenkassen das Gesundheitswesen?
- Welche Filme oder andere Produkte der Kunstindustrie sind inhuman?
- Wie hoch sind die Gewinne in der Rüstungsindustrie?
- Warum bekommt man vor Gericht nicht recht, wenn man recht hat?
- Warum werden Handelsketten so reich? Warum wird so viel produziert, was man nicht braucht? Auf welche Produkte kann verzichtet werden?

Im Ergebnis der Analysen sollte auch dargestellt werden, was es an erhaltenswerten Elementen im gegenwärtigen System gibt. Und es wird sich mit Sicherheit herausstellen, worin die wesentlichen Gründe für die Probleme liegen und was demzufolge beseitigt werden muss.
Eine weitere Aufgabe der Projektgruppen ist die Entwicklung neuer Modelle in den jeweiligen Bereichen unter den Bedingungen einer künftigen Gesellschaftsordnung. Dabei müssen dann auch alle international vorliegenden Entwürfe diskutiert werden.
Aus der Summe der Vorstellungen kann dann ein Gesamtmodell als Ziel gesellschaftlicher Veränderungen entwickelt werden. Ein zentrales Problem sind Vorstellungen zum Funktionieren eines wirtschaftlichen Systems auf der Grundlage des Gemeineigentums an Produktionsmitteln in wesentlichen Bereichen der Wirtschaft.
Aus der Sicht dieses Modells können dann Überlegungen über mögliche Aktivitäten zu partiellen Veränderungen im gegenwärtigen System angestellt werden. Es können Prozess unterstützt werden, die dann unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen weitergeführt werden können. Beispiele sind:

- Aktivitäten zu neuen Formen der partizipativen Demokratie,
- eine Revision des Systems Krankenkassen nach dem Modell in Dänemark,
- Aktivitäten zu Unterstützung humanistischer Kunst,
- Aktivitäten zu Unterstützung der Entwicklungsländer, zum Beispiel durch Einführung einer Solidaritätsabgabe auf alle baulichen Investitionen staatlicher oder privater Träger über einem Wert von 1 Million € in Höhe von 2 % der Bausumme an die jeweilige Kommune, wie diese in eigener Verantwortung für Projekte in Entwicklungsländern einsetzt.

Ein weiteres Ziel der Arbeit in Projektgruppen sind Überlegungen zum Prozess des Übergangs zu neuen Strukturen in den betreffenden Bereichen. Beispiele sind:

- Durch welche konkreten Maßnahmen kann das System der Börsen abgeschafft werden?
- Welche Möglichkeiten zur Konversion in der Rüstungsindustrie sind realistisch?
- Wie können die freiwerdenden Mittel aus der Rüstung sinnvoll in den Entwicklungsländern eingesetzt werden?
- Was passiert mit den Betrieben, die ihre Produktion aufgrund der radikalen Reduzierung der Anzahl der Produktion von bestimmten Waren einstellen müssen?

Die entwickelten Materialien und Konzepte müssen in geeigneter Weise öffentlichkeitswirksam gemacht werden. Dazu sollte an einen eigenen TV-Kanal oder zumindest YouTube-Kanal gedacht werden.

4. Zu Aktivitäten von Linken auf regionalen Ebenen

Neben diesen Prozessen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene sollten auch neue Aktivitäten auf den unteren regionalen Ebenen wie Ländern oder Kommunen entwickelt werden.
Die Linke sollte Projekte anregen, für die die Linke eine besondere Verantwortung hat. Dazu können gehören:

- Projekte zum Leben und Wirken von Kommunisten, Antifaschisten und Aktivisten der Nachkriegsentwicklung, Dokumentationen zu und Pflege von Gedenkstätten
- Projekte zu Wendeschicksalen, z. B. Zusammenstellung von Fakten zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung in der Region, Interviews mit Werktätigen oder Berichte von Werktätigen, die in der DDR und danach in Betrieben und Einrichtungen tätig waren bzw. noch sind, mit dem Ziel der Einschätzung des Vergleichs der Arbeitsbedingungen und Arbeitsatmosphäre unter den alten und neuen Produktionsverhältnissen
- Initiativen und Projekte in Zusammenarbeit mit den jeweiligen kommunalen Vertretern
- Durchführung von theoretischen und politischen Diskussionsrunden, insbesondere für jüngere Genossen und interessierte Bürger

Ein Ziel sollte es dabei sein, Jugendliche in die Arbeit einzubeziehen und den Verlierern der Wende Möglichkeiten zur Artikulation ihrer Enttäuschungen zu geben.
Wesentlich ist, dass die Ergebnisse dieser Projekte in der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert und auf einer geeigneten Plattform publiziert werden.
In diesem Zusammenhang sollten wir die Ausgaben für die allgemeine politische Arbeit zulasten der Wahlkampfkosten erhöhen, also Mehrausgaben für Veranstaltungen, Druckschriften und Veröffentlichungen, Sitzungen, Arbeitsgemeinschaften, Repräsentationen u. ä.
Hans-Dieter Sill (Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE. Landkreis Rostock), 11.11.

BERICHT VON DER BÜRGERSCHAFTSSITZUNG AM 3.11.

Am Mittwoch, den 3. November um 16 Uhr traf sich die Rostocker Bürgerschaft wieder in der Stadthalle um wichtige Angelegenheiten der Hansestadt zu beraten.

Unsere Bürgerschaftspräsidentin Frau Regine Lück eröffnete die Sitzung mit der Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit der Bürgerschaft. Nach den Formalien übergab sie das Wort an Frau Cindi Mardini von der Initiative „Lernen, aber satt und gesund“. Die Initiative „Lernen, aber satt und gesund“ sucht Ehrenamtliche, die sich für ein gesundes Frühstück für benachteiligte Schüler einsetzen.

Frühstück ist für Kinder die wichtigste Mahlzeit am Tag. Mit der Initiative „Lernen, aber satt und gesund“ unterstützen die WIRO, die Stadtwerke und die OSPA seit nun mehr als 9 Jahren Rostocker Vereine, deren ehrenamtliche Helfer morgens für Tausende Grundschüler kostenlos die Tische decken und ein Frühstück anbieten.

Die Initiative gründete sich aus der Tatsache heraus, das so manches Kind nicht gefrühstückt hat, wenn es morgens in den Unterricht kommt. Oft bleibt es nicht beim fehlenden Frühstück daheim, auch sind gesunde Pausensnacks und Schulbrote Mangelware.

Die Folgen für die Kinder sind, dass sie reizbarer und nervöser sind und sich dadurch nicht richtig im Unterricht konzentrieren können. Die Initiative „Lernen, aber satt und gesund“ wendet sich deshalb an alle Grundschüler, die Hilfe brauchen und Hilfe annehmen wollen. Denn sie unterstützt die Idee, dass Schüler mit einem ausgewogenen Frühstück eine Chance haben, ihre Bildungsziele zu erreichen.

Die ehrenamtlichen Helfer von 5 Vereinen in der Hansestadt sind in der Initiative gebündelt. Gemeinsam für Groß und Klein e. V., die Rostocker Tafel, Wohltat e.V., der DRK-Kreisverband und der Schulverein Wirbelwind beliefern 9 Schulen mit Lebensmitteln und bringen frische Menüs auf den Tisch: mit Joghurt, belegten Broten, Gemüse und Obst. Zusammengehalten und koordiniert werden sie von Frau Andrea Wehmer. Sie ist Koordinatorin für Kinder, Jugend und Familien der Stadt vom Amt für Jugend, Soziales und Asyl.

„Als Ehrenamtlicher muss man nicht jeden Tag da sein. Es reichen auch ein, zwei Stunden die Woche“, so Frau Mardini. Man schmiert nicht nur Stullen, sondern unterhält sich auch mit den Kindern. Man vermittelt nicht nur das Wissen über Essen, sondern auch wie man sich selbst ein gesundes Frühstück machen kann. Dieses Wissen tragen die Kinder dann in die Familien, so der Gedanke. Auch ist logistische Unterstützung gerne gesehen. So kann man durch das Einkaufen der Lebensmittel selbst helfen.

Für das Anliegen gab es viele positive Rückmeldungen aus den Fraktionen. Alle haben ihre Unterstützung bei der Suche nach Ehrenamtlichen angekündigt.

Wenn sich jetzt ein Leser dieser Zeilen angesprochen fühlt kann dieser sich bei unserem Geschäftsführer Andreas Reinke unter 0381 492 0010 telefonisch oder unter kgf@dielinke-rostock.de für ehrenamtliche Hilfe melden.

Ein weiterer Redner für die Einwohnerfragestunde war Hagen Straßburger. Der 4-fache Vater ist seit 2016 niedergelassener Kinderarzt in einer Gemeinschaftspraxis in Lütten Klein. Er sprach als Obmann des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte MV für Rostock. Sein dringendes Anliegen sind die Versorgungsprobleme in der Pädiatrie (lat. Kinderheilkunde).

Als Oberzentrum in Mecklenburg Vorpommern ist es ein unzumutbarer Zustand für Rostock, dass es Kapazitätsprobleme in den Kliniken durch Personalmangel in der Pflege und dem Mangel bei Fachärzten für Kinderheilkunde gibt. Er zitierte einen Vorfall aus dem Oktober diesen Jahres, wo es aufgrund des nicht Vorhandenseins eines Facharztes zu einem frühzeitigem und nach Auffassung des Gutsachterberichts vermeidbaren Kindstod kam.

Er skizzierte den anhaltenden Disput zwischen den Führungen der Universitätsmedizin Rostock und dem Südstadtklinikum. Es gibt viele Probleme, aber auch viele gute Lösungen. In seiner Rede betonte er, dass es für den Standort Rostock im größten Interesse sei den Prozess des Eltern-Kind-Zentrums wieder aufzugreifen und endlich umzusetzen. Herr Straßburger vergaß nicht die Leistungen der Mitarbeiter in beiden Einrichtungen hervorzuheben und zu würdigen. Alle seien sich der Lage bewusst, daher sei es nun Zeit zu handeln.

Genosse Dr. Wolfgang Nitzsche sprach als Initiator und langjährig ausdauernder Begleiter für das Eltern-Kind-Zentrum für unsere Fraktion. Die Stadt bemüht sich, wieder eine Gesprächsebene zu finden. Denn der Prozess des Eltern-Kind-Zentrums in der Südstadt sei seitens der Universitätsmedizin aufgekündigt worden und dadurch ins Stocken geraten. Der Fakultätsrat der Unimedizin gab als Begründung an, dass es Bedenken gäbe, dass Lehre und Forschung in dem neuen Zentrum nicht möglich seien. Nitzsche insistierte mit Blick auf die desaströsen Versorgungsprobleme für unsere Kinder auf die Wiederaufnahme des Prozesses eines Eltern-Kind-Zentrums. Weiter erklärte er, dass das Land und die Kostenträger nun zuständig seien. Denn Kliniken haben einen Versorgungsauftrag und dieser Auftrag wird im Wirtschaftsministerium unter dem Punkt Landeskrankenhausplanung ausgehandelt. Er bedankte sich bei Herrn Straßburger und versicherte, dass die Landtagsfraktion dieses Thema mit aufnehmen und unterstützend begleiten wird, damit Rostock ein Eltern-Kind-Zentrum mit dem Standort Rostock-Südstadt bekommen wird. In den Stellungnahmen der anderen Parteien gab es weitere Unterstützungsbekundungen. Die Bürgerschaft ist sich der Tatsache bewusst, dass der Ball jetzt auch bei der Landesregierung liegt und diese handeln muss, damit der Prozess weitergeführt werden kann.

Ralf Mucha von der SPD ergänzte, dass es dazu schon Anhörungen mit den betreffenden Parteien im Landtag gab und das Thema bei der Rot-Roten Koalition angekommen ist.

Als nächster Punkt auf der Tagesordnung, die Beschlussvorlage zur Wahl der/des Senator*in für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule und Übertragung der Funktion als Zweiter Stellvertreter*in des Oberbürgermeisters.

Es gab insgesamt 11 Bewerbungen auf die Stelle. Acht von den 11 wurden als geeignet angesehen. Von den acht Bewerbern erhielten zwei die Unterstützung von Fraktionen der Rostocker Bürgerschaft.

So unterstützte der Rostocker Bund die Bewerbung der Hamburger Beamtin Frau Jana Priewe. Es ist im Vorfeld schon durchgedrungen, dass unser amtierender Senator Bockhahn natürlich die Unterstützung unserer Fraktion, aber auch die Unterstützung der Stimmen von der SPD- und Grünen-Fraktion haben wird. Was nach aktuellen Verhältnissen eine Mehrheit für Senator Bockhahn ist. Vielleicht war das der Grund für die überraschend schlechte Vorstellungsrede von Frau Priewe. Überraschend schlecht, weil ihre Rede geprägt von vielen Pausen und kurzen Sätzen war. So hangelte sich die Inhaberin eines Magister der Rechtswissenschaft und Beamtin auf Lebenszeit (Oberregierungsrätin) der Freien und Hansestadt Hamburg durch ihre Vorstellung.

Was es Genossen Bockhahn nun um so leichter machte, mit dem Wissen des Geleisteten und Erreichten der letzten sieben Jahre in seiner Vorstellungsrede zu punkten. Trotz seinem Fetisch zu roten Socken ist es immer sein Ziel gewesen, mit der Bürgerschaft die Gemeinsamkeiten in den Unterschieden zu finden. Was nach seiner Aussage nicht leicht gewesen ist, und wenn es zu seiner Wiederwahl kommt, nicht leicht sein werde. Sein Handeln sei immer davon geprägt, dass Beste für Rostock zu wollen. Als Kind unserer Stadt betonte er das

mehrfach. „Für Rostock nur das Beste!“ So dankte er den Mitarbeitern der Gesundheitsamtes, welche nicht nur die letzten eineinhalb Jahre Übermenschliches geleistet haben, sondern, ohne das es bemerkt worden ist, auch jahrelang davor. Er dankte den Mitarbeitern der Stadtbibliotheken, welche mit Elan und Einsatz das Beste für die Stadtteile herausholen. Auch dankte er den Mitarbeitern des Amtes für Jugend, Soziales und Asyl. Welche in seiner Amtszeit 2015 über 40‘000 Migranten in Rostock verpflegt, medizinisch versorgt und untergebracht haben. „Keiner musste hungern, keiner musste auf der Straße schlafen. Das alles mache ihm stolz auf das Erreichte!“, das sei sein Rostock, so Bockhahn. Auf die Nachfrage der FDP-Fraktion von Frau Pittasch,

was ihm denn zum Amt qualifiziere, antwortete Genosse Bockhahn: „Die Arbeit der letzten sieben Jahre.“

Die geheimen Wahlen im Anschluss hatten folgendes Ergebnis: Im ersten Wahlgang bei 53 Wahlberechtigten wurden 49 Stimmzettel ausgegeben. Davon entfielen auf Jana Priewe 14 und Steffen Bockhahn 28 Stimmen, bei 7 Enthaltungen. Der alte und neue Senator nahm die Wahl dankend an und wurde von den anwesenden Fraktionen der Bürgerschaft mit Kuchen, Pralinen, Wein und Blumen beschenkt. Frau Priewe verließ wortlos den Saal. Das Klima-, Bildungs- und Erlebniszentrum war der nächste Punkt auf der Tagesordnung. Am 21. Juni diesen Jahres stellte das Team um Prof. Dr. Dieter G. Weiss vom Institut für Zelltechnologie die Idee eines Umweltbildungszentrum für Rostock in unserer Fraktionssitzung vor.

Schon damals war das Projekt gut vorbereitet präsentiert worden. So ist als Bauort die Unterwarnow, Seite Dierkower Damm neben Veolia vorgesehen. Auch gab es schon damals Investoren und die Empfehlungen von namhaften Wissenschaftlern, welche die Möglichkeiten dieses Projektes in der Hansestadt lobten. Nun, ein halbes Jahr später, wurden das damalige Umweltbildungszentrum als Klima-, Bildungs- und Erlebniszentrum der Rostocker Bürgerschaft vorgestellt.

Klimaschutz wird das Schlagwort in den kommenden Jahrzehnten sein, wenn es um Projekte in Rostock geht. Das neue Zentrum soll als Bildungseinrichtung das Wissen um den Klimawandel vermitteln und durch synergetische Effekte, so hoffen es die Macher, die BUGA unterstützen und zukünftig für Rostock eine wichtige Attraktion für Touristen aus aller Welt sein.

Zum Thema Umweltbildung gab es in der Bürgerschaft mehrere Stimmen, welche anmahnten, dass die Umweltbildung schon sehr gut in Rostock etabliert sei. So haben wir den Zoo, die IGA-Rostock oder das Ökohaus, welche sich zum Thema Bildung schon sehr stark engagieren. Frau Jana Blaschka sprach für den BUGA-Ausschuss und bezweifelte in ihrer Rede, dass es eine Chance gibt, dass es zum einen Geld von der Stadt für dieses Vorhaben gibt und dass das neue Zentrum bis zur BUGA fertig sein werden könne. Außerdem mahnte sie an, dass dieses Zentrum nicht unter den BUGA-Investitionen der Stadt laufen kann und dass die BUGA selbst schon sehr viele Aufgaben hat, wo es schon Stimmen im Ausschuss gibt, die behaupten, dass sie selbst einen Großteil der Bauprojekte nicht schaffen werden, rechtzeitig fertig zu werden. Frau Blaschka begrüßte aber die Möglichkeit, dass mit diesem Zentrum Rostock höher in der Liste der sogenannten Science-Center-Städte aufrückt und das Rostock mit den Themenkomplexen Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit einzigartig in Deutschland sein kann.

Genossin Eva-Maria Kröger erläuterte nochmal den Antrag für die anwesenden Bürgerschaftsmitglieder. So unterstrich sie die freie und offene Formulierung, dass der Bürgermeister sich doch kümmern solle, rudimentäre Fragen z.B. ob und wenn ja wie gebaut wird, alternative Modelle der Finanzierung usw. um das Projekt zu klären und zu beantworten. Auch fordert der Antrag, dass die Schritte für ein weiteres Vorgehen bis zum 19. Januar 2022 der Bürgerschaft vorgelegt werden sollen. So kann im Januar kommenden Jahres eine ergebnisoffene Machbarkeitsstudie erstellt werden um das Projekt weiter voran Richtung Realisierung zu bringen.

Es gab insgesamt 10 Änderungsanträge vom BUGA-Ausschuss, von der FDP-Fraktion und der CDU/UFR-Fraktion. Wobei die vom BUGA-Ausschuss angenommen und die der Fraktionen abgelehnt wurden. Der Hauptantrag zum Einleiten der Prüfaufgaben wurde mit der Mehrheit von LINKE, SPD und Grüne verabschiedet.

Als nächstes stand die Beschlussvorlage des „Parken und Reisen“-Konzeptes der Hansestadt Rostock auf dem Plan.

Rostock hat in den letzten drei Jahrzehnten viel für die Verkehrsinfrastruktur getan. So wurde mit den in großen Teilen neu gebauten Straßen A19, A20, B103, B 103n, B105 und dem Warnowtunnel ein leistungsfähiger äußerer Straßenring geschaffen. Weitere wichtige gesamtstädtische Meilensteine des Verkehrskonzeptes waren die Straßenbahnnetz-Erweiterungen in den Nordwesten Rostocks, mit Verlängerung in die Südstadt sowie der Straßenbahnringschluss zwischen Schröderplatz und Platz der Freundschaft.

Durch die konstant steigende Anzahl der PKW ist eine erhoffte Entlastung des Verkehrs nicht eingetreten. Auch ist anzumerken, dass im Verlauf der letzten Jahre neue Standards im Umweltschutz, neue Technologien im Verkehrssektor und zunehmend auch Wünsche aus der Bevölkerung dazugekommen sind. So wünschen sich die Bewohner Rostocks meist eine Minderung sowohl des fließenden als auch des ruhenden Kfz-Verkehrs. Die Konzentration der Politik auf des Deutschen „liebstes Kind“ hat in den Städten zu einem stetigen Anstieg von Lärm und Abgasen sowie stärkeren Nutzung von öffentlichen Verkehrsraums durch parkende Kfz geführt. Daher ist eine Zuwendung der Stadt zu mehr Lebensqualität ohne das Auto auch ein Thema zu mehr Umweltgerechtigkeit für kommende Generationen.

Umweltsenator Matthäus wies in seiner Rede darauf hin, dass die Bürgerschaft schon im Vorfeld viele Beschlüsse getroffen hat. Der Mobilitätsplan und der Nahverkehrsplan sind nun Teil dieses großen P+R-Konzeptes. Zielstellung ist, dass die täglichen Pendler (knapp 30‘000 pro Tag) oder Besucher der Stadt, ihr Auto am Besten schon am Ortsrand abstellen um dann auf dem ÖPNV umzusteigen.

Daher ist es wichtig, so der Senator weiter, dass das Konzept schon im Umland beginnt zu greifen. Hierfür haben im Vorfeld Gespräche mit den umliegenden Gemeinden und den zuständigen Behörden und Bürgermeistern stattgefunden. Gemeinsam haben sie dann mit der Hilfe vom Amt für Mobilität, dem Tiefbauamt, dem Amt für Stadtplanung und -entwicklung, den betroffenen Ortsbeiräten und vielen weiteren Beteiligten und Unterstützern sehr gute Konzepte und Planungen aufgestellt. Daher warb Senator Matthäus für die Zustimmung zum Konzept.

Er verdeutlichte nochmal, dass es essentiell sei eine Mobilitätszentrale aufzubauen, welche die Kompetenzen für den weiteren Ausbau des P+R-Konzeptes inne hat und selbstständig bei Fragen zu dem Thema agieren kann. Diese Zentrale will sich dann um den Ausbau der Parkflächen mit Beschilderung, die Digitalisierung des Angebotes mit Parkzählern, Leitsystem und E-Ladesäulen kümmern.

Genossin Kristin Schröder ergänzte für den Bau- und Planungsausschuss, dass der erhoffte Umstieg auch nur erfolgen kann, wenn es eine attraktive Preisgestaltung gibt. Denn derzeit sind die Parkplatzpreise in der Innenstadt kontraproduktiv günstiger um eine Verkehrswende um den Umstieg auf den ÖPNV zu ermöglichen. Auch muss für den Nutzer nicht nur ein Geld-, sondern auch ein Zeitvorteil erkennbar sein. Und dies ist derzeit nicht gegeben. Nach dem Abstimmen der 15 Änderungsanträge hat sich eine große Mehrheit der Bürgerschaft für die neue Beschlussvorlage des Konzeptes entschieden. Im März 2022 sollten erste Ergebnisse der Bürgerschaft präsentiert werden.

Martin Raspe

ABHOLZEN 140-JÄHRIGER LINDEN IM ROSENGARTEN MUSS VERHINDERT WERDEN

Zu den Berichten, wonach im Rahmen der umfangreichen Sanierung des Rosengartens fünf 140-jährige Bäume gerodet werden sollen, erklärt Eva-Maria Kröger, Fraktionsvorsitzende der LINKE.PARTEI:
Alle Welt redet von der Klimakrise und ausgerechnet im Herzen Rostocks sollen fünf alte Bäume abgeholzt werden – was für ein bitteres Symbol! Dabei ist der Rosengarten eine der wenigen verbliebenen grünen Oasen in der Innenstadt, der zum Verweilen einlädt. Eigentlich freut es uns grundsätzlich, dass dieses Gartendenkmal in den kommenden Jahren umfassend saniert und damit weiter aufgewertet werden soll.“, zeigt sich Kröger erfreut über die vorgesehenen Maßnahmen.
„Selbst die Idee, den im Jahr 1919 von Stadtgärtner Schomburg entwickelten Plan als Grundlage für die Wiederherstellung des historischen Gartendenkmals zu verwenden und auch wieder eine vollständige Allee anzulegen, findet unsere Zustimmung. Völlig aus der Zeit und ökologischer Irrsinn ist es jedoch, dass für die Umsetzung des Vorhabens nun fünf 140-jährige Linden gefällt werden sollen, um eine Neuanpflanzung zu ermöglichen.“, gibt sich Kröger verärgert.
Nach Einschätzung von Experten haben die noch gesunden Linden eine Lebensdauer von etwa 10 Jahren. Da muss es doch möglich sein, die vollständige Wiederherstellung der Allee so weit zu verschieben, bis die Linden ihr natürliches Lebensende in naher Zukunft erreicht haben. Wir fordern daher alle Beteiligten auf, gemeinsam Gespräche zu führen, um ein entsprechendes Konzept zu entwickeln, dass eine Sanierung des Rosengartens ermöglicht, ohne die alten Linden zu fällen. Denn eins steht fest: Ein vorzeitiges Abholzen der Bäume werden wir nicht akzeptieren.“, so Kröger abschließend.
Pressemitteilung der Fraktion

INFORMATIONEN ZUR STADTENTWICKLUNG

Zwei Faktoren bestimmen wesentlich die städtische Entwicklung insbesondere hinsichtlich der Steuereinnahmen von Rostock: die wirtschaftliche Entwicklung und die Einwohnerzahl.
Eine Einwohnerprognose vom April 2016, dass Rostock im Jahr 2035 rund 230.945 Einwohner haben würde, ist aus heutiger Analyse irreal, war aber über Jahre das Arbeitsinstrument der Rostocker Bürgerschaft und der Verwaltung. Eine der Ursachen war die schon zeitlich überholte Einschätzung der Flüchtlingsentwicklung. Hatten wir zum Jahresende 2019 209.191 Einwohner, so waren es zur Jahresmitte 2020 nur 208.803 Einwohner mit weiter sinkender Tendenz zum 30.06.2021 mit 208.195 Einwohner. Eine neue Einwohnerprognose besagt, dass wir im Jahr 2035 rund 215.800 Einwohner haben werden. Bemerkenswert ist die Tendenz, dass die Zahl der Deutschen ständig abnimmt und sogenannte Fremde (lt. Definition der Statistik) den Anteil der Einwohner zunehmend mehr bestimmen. Hier handelt es sich per Halbjahr um 2.106 Syrer, 1.086 Polen, 864 Russen, 780 Ukrainer und weitere aus Afghanistan und Rumänien sowie andere Minderheiten.

Zum Jahresende 2020 waren 51.614 Einwohner älter als 65 Jahre mit kontinuierlich steigender Tendenz. Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für die Kommunalpolitik? Aus vielen persönlichen Gesprächen und aus meiner gesellschaftlichen Tätigkeit insbesondere mit Senioren kann ich einschätzen, dass sich viele Ältere bezahlbaren Wohnraum mit Betreuung, funktionierende Gehwege und gesellschaftliche Treffs wie Begegnungsstätten wünschen.

Erfreulicherweise nimmt das Wachstum des „Bruttoinlandsprodukts“, also der Wirtschaftskraft, ständig zu. Hatten wir im Jahr 2009 ein Inlandsprodukt von 5,351 Milliarden Euro, so waren es 2019 7,966 Mrd. Euro, das ist eine Entwicklung auf 149,4 %. Das „verfügbare Einkommen“ je Beschäftigten stieg von 2008 bis zum Jahr 2018 von 2.998 Euro auf 3.945 Euro. Die Zahl der Beschäftigten in Rostock ist stark gestiegen. Hatten wir im Jahr 2015 75.226 Beschäftigte, so waren es im Jahr 2020 80.973. Die Zahl der „Einpendler“ stieg von 32.152 auf 34.719 in dem vorgenannten Zeitraum, sicherlich auch mit Wirkung auf ein steigendes Verkehrsaufkommen auf den Zufahrtsstraßen.
Von den 93.252 Beschäftigten waren die meisten mit 18.365 im Gesundheits- und Sozialwesen tätig, gefolgt von den „sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ mit 10.860 und dem „verarbeitenden Gewerbe“ mit 10.170.

Ein wichtiges Anliegen der Bevölkerung ist die Entwicklung von „Bauen und Wohnen“. Gab es im Jahr 2019 21.907 Wohngebäude, so waren es im Jahr danach 22.027 im Bestand in Rostock. Die Zahl der Wohnungen stieg in diesem Zeitraum von 121.685 auf 122.761. Die Wohnfläche je Wohnungseinheit beträgt zur Zeit 65,8 Quadratmeter. Das sind je Einwohner38,5 Quadratmeter. In der „Baufertigstellung“ waren es 2019 1.037 Wohnungen und ein Jahr danach erfreulicherweise schon 1.230 Wohnungen. Die Kommunalpolitik geht davon aus, dass wir 3.000 bis 4.000 Wohnungen im Leerstand haben sollten, um eine geordnete Wohnungspolitik betreiben zu können. Davon sind wir noch ein ganzes Stück entfernt. Ein Problem wird der Ersatz der „Plattenbauwohnungen“ sein, hier rechnen wir mit einer Bestandsdauer auch als „Abschreibungsgrundlage“ von rund 80 Jahren dieses Wohnungsbestandes. Das wird in wenigen Jahren verstärkt auf die Wohnungspolitik zukommen.
Es gibt ein „Sicherheitsbedürfnis“ der Rostocker Bürger insbesondere auf dem Gebiet der Kriminalität. Hatten wir in der Stadt im Jahr 2019 19.877 Straftaten, so waren es im Jahr 2020 nur 18.794 Straftaten. Allerdings ist die „Aufklärungsquote von 60,5 % auf 59,8 % gesunken. Von den 5.484 Tatverdächtigen im Jahr 2019 waren rund zwei Drittel Männer. Bei sinkender Tendenz der Straftaten im vorgenannten Zeitraum stieg die Zahl bei den „Nichtdeutschen“ von 1.555 Tatverdächtigen auf 1.862.

Auch die Preisentwicklung in Rostock ist einer Analyse wert. Die Verbraucherpreise-Indizes entwickelten sich seit dem Jahr 2015 wie folgt. Die höchste Preisentwicklung zeigt sich bei Gaststätten und im Beherbergungsgewerbe. Hier stiegen die Preise zum Halbjahr 2021 auf 124,5 %. Bei Nahrungsmitteln und alkoholischen Getränken auf 117,1 % und im Verkehr auf 113,3 %. Erfreulicherweise sind die Nettokaltmieten seit 2015 nur um 7,4 % gestiegen. Beispielsweise waren es in Berlin, München und Leipzig 35 bis 50 % Mieterhöhung.

Rainer Penzlin

NEU IM LANDTAG: MICHAEL NOETZEL

Liebe Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde,
nun fange ich zum zweiten Mal an zu schreiben. Nachdem mein erster Text fast ausschließlich vom Wahlkampf, dem Wahlabend und unserer Wahlniederlage handelte, habe ich beschlossen, ein paar weniger schmerzliche Zeilen zu schreiben. Ich hoffe, es gelingt mir.

Beim Bürgergespräch in Neubukow

Zur Wahl nur so viel: Am Wahlkampf lag es meiner Meinung nicht. Natürlich geht immer noch ein bisschen mehr, aber wir müssen angesichts unserer Ressourcen realistisch bleiben.
Ich möchte mich bei allen Genossinnen und Genossen herzlich bedanken, die mich bei Wahlständen, dem Anbringen von Wahlplakaten und Haustürgesprächen unterstützt haben. Ihr wart großartig! Danke!
Nach der Erleichterung am Wahlabend und der Gewissheit am Tag danach, überwog in den folgenden Tagen die Freude und Spannung. Was passiert jetzt? Geht es tatsächlich in die Regierung? Bleiben wir in der Opposition? Als eine von vier Parteien? Mittlerweile wissen wir, dass wir eine Koalition mit der SPD bilden und ich bin ganz froh darüber. Ich habe vorher immer gesagt, ich bin neu und motiviert, ich geh auch gerne in die Opposition, von da kritisiert es sich besser. Als Teil der neuen Fraktion, die intensiv in die Koalitionsverhandlungen eingebunden war, bin ich froh, dass wir die Chance haben mitzugestalten. Es gibt sicher gute Gründe, die gegen eine Regierungsbeteiligung sprechen und es ist keinesfalls klar, dass wir gestärkt aus dieser Koalition herausgehen werden. ABER als eine von vier Oppositionsparteien noch medial stattzufinden wäre fast aussichtslos gewesen. Neben der kommunalen Verankerung ist aber gerade die mediale Präsenz enorm wichtig, um sich in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger wiederzufinden.
Ja – wir müssen liefern. Und ja – wir werden die ein oder andere Kröte schlucken müssen. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass es funktionieren kann. Was auch für unseren Landkreis wichtig ist, sind die Stärkung der Kommunen und der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Alle Schulstandorte sollen erhalten bleiben, und die Personalsituation in den Schulen soll sich erheblich verbessern.
Auch in meinem Politikfeld, der Innenpolitik gibt es gute Ansätze. Zunächst wird der parlamentarische Untersuchungsausschuss zum NSU weitergeführt und um aktuelle Entwicklungen, wie dem rechten Netzwerk „Nordkreuz“ erweitert. Der Verfassungsschutz soll stärker demokratisch kontrolliert werden. Mir persönlich wichtig ist, dass der/die Polizeibeauftragte/r endlich für alle Bürgerinnen und Bürger ansprechbar sein soll. Da diese Stelle beim Bürgerbeauftragten angesiedelt bleibt, entsteht eine Kontrollinstitution, die unabhängig polizeiliches Agieren überprüfen und bewerten kann.
Für mich bedeuten die kommenden fünf Jahre viel Arbeit im Landkreis. Ich werde mein Wahlkreisbüro in Güstrow einrichten und von dort aus im Landkreis aktiv sein. Schon in der ersten Woche nach der Wahl erreichten mich nicht nur Glückwünsche, sondern auch erste Anfragen um Hilfestellung. Ich werde sicher nicht immer helfen können und angesichts knapper Kassen und einer immer noch nicht überstandenen Pandemie, dürfen wir wohl nicht zu viel erwarten. Aber wir haben die Chance, nach 15 Jahren wieder eigene Akzente zu setzten und die Menschen von unseren Ideen und Fähigkeiten zu überzeugen. Nutzen wir sie! Linke Politik ist machbar und ich bin dankbar, daran mitwirken zu dürfen.

Mit solidarischen Grüßen
Michael Noetzel

* * *

Neonazis und Reichsbürger endlich entwaffnen

Zu jüngsten Medienberichten über Waffenerlaubnisse unter Rechtsextremisten und Reichsbürgern erklärt der Abgeordnete der Linksfraktion, Michael Noetzel:
„Es ist nicht hinnehmbar, dass es noch immer mehr als 60 Neonazis und Reichsbürgern in M-V gestattet ist, über 520 Waffen zu horten. Hinzu kommt eine unbekannte Anzahl an Waffen, die illegal in der Szene kursieren. Immer wieder geraten Personen ins Fadenkreuz dieser Tag-X-Fanatiker. Die jüngsten rechtsterroristischen Anschläge von Halle, Hanau und Wolfhagen-Istha, aber auch die Nordkreuz-Feindeslisten belegen die Dringlichkeit, diese Menschenfeinde vom rechten Rand konsequent zu entwaffnen.
Die Reaktion des Innenministeriums auf entsprechende Medienberichte legt nahe, dass die Entwaffnung der rechten Szene offenbar keine Priorität hat. Anstelle von aktuellen Daten liefert das Innenministerium Zahlen aus einer Kleinen Anfrage der Linksfraktion aus dem Februar dieses Jahres (Drs. 7/5797). Seitdem sind jedoch neun Monate vergangen und passiert ist offenbar wenig im Hause Renz. Selbst der Verfassungsschutz sollte sich mittlerweile im Klaren darüber sein, dass es jederzeit zu weiteren tödlichen Anschlägen kommen kann.
Die schwer erträgliche Verantwortungslosigkeit in dieser Thematik offenbarte das Innenministerium auch jüngst mit der Antwort auf eine weitere Kleine Anfrage der Linksfraktion (Drs. 7/6335). Demnach habe es erst seit dem Sommer 2020 erste Versuche gegeben, Nordkreuz-Mitgliedern die Waffen zu entziehen – drei Jahre, nachdem das mutmaßlich rechtsterroristische Netzwerk aufflog. Eine Auskunft, wie vielen potentiellen Terrorplanern schlussendlich die Waffenerlaubnisse entzogen wurden, gab es vonseiten des Innenministeriums nicht.“

Beim Kinderfest in Schwaan

DIE VIELFACHKRISE DES KAPITALISMUS UND WIE DIE LINKE DAMIT UMGEHEN KANN

Nach der Niederlage bei der Bundestagswahl hat in der LINKEN eine breite Debatte über die Ursachen begonnen. Da passte es, dass eine lange geplante Veranstaltung mit Prof. Dieter Klein endlich stattfinden konnte. Wie sollte sich DIE LINKE in den kommenden Jahren strategisch aufstellen? Prof. Klein forschte bereits in den 80er Jahren zu Reformen im Sozialismus und setzte diese Arbeit auch nach der Wende fort. Letztlich ging es immer um dieselbe Frage: Wie gewinnen wir die Menschen für die Idee des Sozialismus? Oder kleiner: Wie bringen wir sie dazu, uns zu wählen?

Sicherlich hat kaum jemand eine konkrete Vorstellung vom Leben im demokratischen Sozialismus. DIE LINKE muss eine Erzählung entwickeln, mit der wir den Menschen anschaulich vermitteln, wie sich ein Leben im Sozialismus vom Leben im Kapitalismus unterscheidet. Die Neoliberalen, die FDP, die Neue Rechte haben solche Erzählungen - das ist auch ein Grund für ihren politischen Erfolg. DIE LINKE scheint viele verschiedene Erzählungen zu haben. Wir stellen die Eigentumsfrage, wir kämpfen gegen das Patriarchat, für die Gleichberechtigung aller Lebensentwürfe ... Manche Parteimitglieder, wie Sahra Wagenknecht, leugnen sogar die Vereinbarkeit dieser Erzählungen. Professor Klein hingegen betont die Notwendigkeit, aus diesen Erzählungen das Gemeinsame herauszudestillieren. Eine verbindende Erzählung von dem, um was es uns geht. **Uns geht es um die Fundamente der Gesellschaft. Um die Frage: Was ist eigentlich ein gutes Leben?**

Es geht darum, die Projekte, die es in der Gesellschaft gibt, miteinander zu verbinden. Es geht um die Selbstermächtigung der Menschen, die sich politische Veränderung wünschen.

Ein großes Problem für uns besteht aber darin, in die Diskurse, die es in der Gesellschaft gibt, einzugreifen. In den Medien kommen wir kaum vor. Dort und in den sozialen Netzwerken wie Facebook und Instagram fehlen uns „Influencer“, also bekannte Gesichter, die mit linken Ideen verknüpft werden.

Wir müssen auch einen Begriff finden, den die Menschen nur mit uns verbinden - und zwar auf eine positive Weise. Professor Klein schlägt den Begriff „doppelte Transformation“ vor. Dieser m.E. etwas sperrige Begriff soll verdeutlichen, dass wir einerseits in der kapitalistischen Gesellschaft für eine systeminterne Veränderung durch Teilreformen streiten, andererseits aber auch systemüberschreitende Reformen (Klein denkt hierbei an die Mieterbewegung in Berlin) angehen.

Voraussetzung für politischen Erfolg ist auch eine humanistische Kultur in den eigenen Strukturen: Toleranz und Empathie sind der Schlüssel. Man muss den LINKEN anmerken, dass sie mit den Menschen etwas im Sinne hat, mahnt Dieter Klein. Da hat er Recht und DIE LINKE noch viel Arbeit vor sich.

Carsten Penzlin

Mehr Bildungsangebote findet Ihr auch im Internet unter mv.rosalux.de

Die Betroffenen rechten Terrors und ihre Bedürfnisse endlich ernst nehmen

Zum 10. Jahrestag der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) erklärt der Abgeordnete der Linksfraktion, Michael Noetzel:

„Seit zehn Jahren wissen wir um den NSU. Wir kennen seine Ideologie und seine abscheulichen Taten. Allerdings kennen wir das mörderische Netzwerk, das die rassistische Terrorserie ermöglichte, lediglich in Ansätzen. Vieles von dem, was in den zurückliegenden zehn Jahren über den NSU-Komplex bekannt wurde, verdanken wir investigativem Journalismus und antifaschistischen Recherchestrukturen. Insbesondere der Verfassungsschutz hält beharrlich Erkenntnisse unter Verschluss und blockiert die zwingend erforderliche Aufklärung.

Wir sind nach zehn Jahren noch lange nicht am Ende der Aufklärung. Auch in Mecklenburg-Vorpommern liegt noch vieles im Dunkeln. Der erste NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag konnte auf zahlreiche drängende Fragen keine Antworten finden. Die Arbeit muss fortgesetzt werden. Es braucht einen neuen Untersuchungsausschuss, um zu klären, weshalb die Rechtsterroristen des NSU am 25. Februar 2004 nach Rostock kamen, um Mehmet Turgut zu erschießen. Gab es lokale Mitwisser oder Unterstützer der Mord- und Raubserie im Nordosten?

Auch die Angehörigen Mehmet Turguts fordern zu Recht umfassende Aufklärung. Den Betroffenen rechten Terrors wurde viel zu lange nicht zugehört, ihren Aussagen kein Glauben geschenkt. Bereits vor der NSU-Selbstenttarnung war sich das Umfeld Mehmet Turguts sicher, dass er von Nazis erschossen wurde. Als Landtag müssen wir die politische Verantwortung für das Geschehene übernehmen und alles Erdenkliche in Bewegung setzen, um dem Anliegen der Freunde und Angehörigen Rechnung zu tragen. Es ist zudem an der Zeit, den Neudierkower Weg in Rostock Toitenwinkel, wo sich der Tatort des NSU befindet, zum Gedenken an Mehmet Turgut umzubenennen.“

TERMINE

WANN?	WO?	WAS?
Do., 18.11., 18.30 Uhr	Geschäftsstelle	Kreisvorstandssitzung HRO
Do., 18.11., 18.30 Uhr	Kreisverwaltung Bad Doberan, Ovaler Saal	Sitzung der Kreistagsfraktion
Do., 18.11., 19.00 Uhr	Peter-Weiss-Haus Doberaner Str. 21	RLS: Globale Landwirtschaft aus M-V
Mi., 24.11., 18.30 Uhr	Güstrow, Burghotel	Kreisvorstandssitzung LRO
Sa., 27.11., 10.00 Uhr	Güstrow, Bürgerhaus	Landesbasiskonferenz
Sa., 04.12., 09.00 Uhr	„Zum Raben“, Bützower Str. 98, 18236 Bützow	Gesamtmitgliederversammlung LRO
Mi., 08.12., 15.00 Uhr	Geschäftsstelle	Stadtteilsprechersitzung HRO
Sa., 11.12., 09.30 Uhr	Waldemar Hof	Kreisparteitag HRO
Mi., 15.12., 18.30 Uhr	Güstrow, Burghotel	Kreisvorstandssitzung LRO

Die Volkssolidarität Rostock-Stadt – heute

Die Volkssolidarität Rostock-Stadt e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, parteipolitisch neutral und konfessionell unabhängig. Entsprechend unserer Satzung haben wir drei Säulen, die für uns die Grundlage unseres Handelns sind – der Mitgliederverband, sozialwirtschaftliche Dienstleistungen und die sozialpolitische Interessenvertretung. Im vergangenen Jahr hat die Volkssolidarität ihr 75-jähriges Jubiläum gefeiert. Anlass auch für unseren Kreisverband, Bilanz zu ziehen und unsere Entwicklung zu bewerten.

Unser Rostocker Verein hat gegenwärtig fast 3.000 Mitglieder und 565 hauptamtliche Mitarbeiter. Die Mitglieder sind in 27 Ortsgruppen und 17 Interessengruppen organisiert. Die Ortsgruppen arbeiten nach eigenen Arbeitsplänen, um den Mitgliedern, die in kleineren Gruppen von Helfern betreut werden, interessante und anspruchsvolle Veranstaltungen und auch eine persönliche Betreuung zu bieten. Wir betreiben sechs Begegnungsstätten vor allem im Westen von Rostock, “Treffs“ in unseren sozialen Einrichtungen und im Stadtteil- und Begegnungszentrum Dierkow. Hier sind die Angebote sehr vielfältig wie Feste zu den vier Jahreszeiten, gemeinsame monatliche Geburtstagsfeiern, Tanznachmittage, Chorsingen, Modenschauen, Literaturveranstaltungen und vieles mehr wie Spielenachmittage. Unsere größten Begegnungsstätten haben drei bis fünf Veranstaltungen täglich in der Woche – gerichtet auf die Erwartungshaltung und Bedürfnisse vor allem der Senioren. Für viele Ältere sind diese Einrichtungen die „zweite Heimat“. Hier wollen wir der Alterseinsamkeit, der wachsenden Individualisierung der Gesellschaft und des sozialen Auseinanderdriftens besonders der älteren Generation entgegenwirken.

Eine Besonderheit unseres Kreisverbandes ist die Arbeit des „Kulturbeirates“ des Mittgliederverbandes mit dem Büro in der Langen Str. 17, in dem Hauptamtliche die Ideen und Vorhaben des Kulturbeirates umsetzen. Das sind vor allem Konzerte wie die Silvesterkonzerte im Barocksaal mit rund 800 Gästen, der beliebte regionale Wandertag in den schönsten Gegenden unseres Landes, Tages- und Halbtagesfahrten, Neujahrskonzerte in der Konzertkirche Neubrandenburg, der „Neujahrsball“ im Hotel „Sonne“ und eine Schifffahrt zur Hansesail. Alleine diese zentralen Veranstaltungen finden einen ständig steigenden Zuspruch. So hatten wir im Jahr 2019 45 dieser Veranstaltungen mit 6.610 Teilnehmern. Die Jahre 2020 und auch 2021 haben leider starke Einschränkungen in unserer sozio-kulturellen Arbeit verursacht. Auch Ihr, liebe Genossinnen und Genossen, seid herzlich willkommen als Mitglied der Volkssolidarität diese Möglichkeiten zu nutzen oder auch mit eigenen Ideen zu gestalten. Ein Monatsbeitrag von 3,00 Euro sollte für die meisten erschwinglich sein. Besonders würden wir uns über die Bereitschaft freuen, als Helfer fünf bis 15 Mitglieder zu betreuen.

Erfolgreich sind wir auf dem Gebiet der sozialwirtschaftlichen Dienstleistungen. So betreiben wir dreizehn Kindertagesstätten, ein Pflegeheim in Warnemünde mit 70 Plätzen, eine ambulante Pflege sowie Tagespflege, „Essen auf Rädern“, Betreute Wohnanlagen mit fast 400 Wohnungen, eine Autismusambulanz, eine Sucht- und Drogenberatung und-behandlung sowie weitere Dienstleistungen. Alleine in diesem Dreivierteljahr haben wir gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres unsere sozialwirtschaftlichen Dienstleistungen um 11,1 % steigern können. Darauf können wir berechtigt stolz sein.

Rainer Penzlin

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Ungeheuer-lich
(von Jürgen Riedel)

Immerhin bewacht der Drache den Schatz
drachenhässlich Lüge der Rückschrittspolitik
größten Schatz unter den Grundrechten
zu bewachen:
Grundrecht das nur Landesverteidigung erlaubt
feuerspeiende Auslandseinsätze verbietet

AfD
(von Jürgen Riedel)

Schlammschlimm ihr rechtsradikaler Anteil
ansonsten staubiges Rechts von der Mitte
wie Hälfte der Union FDP

Freiheitsbegriff der FDP
(von Jürgen Riedel)

Freiheit unsozial überrollender Marktwirtschaft
Freiheit für Superreiche hypergierig
Geldmenge Richtung Non-plus-Ultra
ohne Steuererhöhung zu vergrößern
Freiheit mit ungebremstem CO2-Ausstoß
auf Autobahnen gaspedalfixiert zu sein

KLIMAPOLITIK

Greenwashing: Business as Usual in Glasgow

Von der COP26 berichtet Didem Aydurmus, Mitglied des Bundesvorstands der Partei DIE LINKE:
„Obwohl wir seit Jahrzehnten über die nahende Klimakatastrophe Bescheid wissen und die Konsequenzen in vielen Teilen der Welt bereits jetzt zu Hunger, Elend und Tod führen und es weltweit Millionen von Toten durch Luft- und Wasserverschmutzung gibt, bleibt es in Glasgow bei leeren Versprechungen.
Außer Gambia hat kein einziges Land einen Plan, um innerhalb der Vereinbarungen des Pariser Abkommens zu bleiben. Die Wissenschaft spricht eindeutige Worte, doch entweder versteht es die Politik nicht oder sie will es nicht verstehen. Der Natur ist egal was bei der Klimakonferenz versprochen wird. Die Bewohnbarkeit der Erde, für alle und nicht nur für die Reichsten, kann nur durch radikale Veränderungen gesichert werden.
In Glasgow zeigt sich klar, dass es sich bei der Veranstaltung abermals mehr um politisches Theater und Greenwashing handelt, als um die ernsthafte Bekämpfung globaler Probleme. Während hundertausende Menschen vor Ort und global auf die Straße gehen und die Politik zum Handeln auffordern, konsumieren die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger bei den Veranstaltungen der Konferenz genüßlich Berge von Käse und Rindfleisch. Dabei zeigt der geleakte Bericht des Weltklimarats klar, dass die Agrarwende ein zentrales Feld der Klimapolitik sein muss. Zugleich bietet die Konferenz Sponsoren, die in hohem Maße an Umweltzerstörung beteiligt sind, eine Bühne sich als klimafreundlich zu präsentieren.
Um zu sehen wie Greenwashing betrieben wird, brauchen wir allerdings nicht extra nach Glasgow zu schauen, wie leer Versprechungen bezüglich Klimaschutz sind, können wir sehr gut bei den Verhandlungen zur Ampel-Koalition beobachten. Ohne die notwendigen Steuererhöhungen für Reiche, um tatsächlich auch Geld für Investitionen zu haben sowie ohne Ordnungspolitik, wie z.B. ein Tempolimit, funktioniert Klimaschutz nicht.
Es braucht jetzt eine Klimapolitik, die bereit ist sich mit den Mächtigen und den Profiteuren der globalen Zerstörung anzulegen. Millionen Menschen fordern internationale Solidarität und eine gerechte Verteilung von Ressourcen. „Unser Planet, nicht ihre Profite!“ ist einer der Slogans, die auf den Klimademos in Glasgow und weltweit laut gerufen werden. Der Kapitalismus beutet Mensch, Natur und Tier aus. COP26 zeigt klar, die Antwort auf die Klimakatastrophe kann nur von links kommen. Sie kommt nicht von oben, sondern von der Straße, aus den Bewegungen, von den mutigen Menschen die weltweit wirklich für eine gemeinsame Zukunft kämpfen. Unser Planet hat physikalische Grenzen. Die Natur verhandelt nicht.“

Sozial gerechter Klimaschutz ist die Zukunftsaufgabe schlechthin

Zur globalen Klima-Demo erklärt die umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Mignon Schwenke:
„Zunehmende Wetterextreme, immer neue Dürrerekorde, Hitzerekorde oder Regenrekorde zeigen, dass der Klimawandel auch in Mecklenburg-Vorpommern angekommen ist.
Die Demonstrationen in vielen Städten Deutschlands und weltweit wollen ein Zeichen setzen. Sie sollen all diejenigen wachrütteln, die den Klimaschutz bislang nicht ernst genommen und auf die lange Bank geschoben haben. Dies gilt auch für SPD und CDU in Mecklenburg-Vorpommern, die noch in diesem Sommer einen Entwurf meiner Fraktion für ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz im Landtag abgelehnt haben. Damit wurde weitere Zeit vergeudet, obwohl jeder Tag zählt.
Die Linksfraktion wird auch in der kommenden Legislatur darauf drängen, dass endlich ein Klimaschutzgesetz mit wirkungsvollen Maßnahmen auf den Weg gebracht wird. Ziel muss sein, dass Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2035 klimaneutral wird. Dabei ist von elementarer Bedeutung, dass der Klimaschutz sozial gerecht sein muss. Die Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel dürfen nicht zu sozialen Verwerfungen führen. So müssen Strom, Wärme oder Mobilität nach wie vor für alle bezahlbar bleiben. Ansonsten verschärft sich die Spaltung der Gesellschaft weiter. Fraktion und Partei der Linken sind die einzigen, die die soziale Frage im Blick hat. Auch das macht unser Klimakonzept zum besten aller bisher vorgelegten Konzepte.“

Up un Dal

Gewinnerinnen: Simone Oldenburg, stv. Ministerpräsidentin und Ministerin für Bildung und Kindertagesstätten, sowie Jacqueline Bernhardt, Ministerin für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz
Herzliche Glückwünsche und uns gemeinsam viel Erfolg bei der gemeinsamen Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben!
Verliererin: Alice Weidel, AfD-Fraktionschefin, sperrte sich im Wahlkampf 2021 gegen Impfungen und wetterte gegen die Corona-Politik der Bundesregierung. Jetzt ist Frau Weidel, immer noch ungeimpft, selbst an Corona erkrankt.

MONATSZAHL

In M-V horten immer noch mehr als 60 Neonazis über 500 Waffen.

MONATSZITATE

„Hände weg von der Pendlerpauschale, solange Bus und Bahn nicht fahren und damit keine Alternative zum Auto vorhanden ist.“
Dietmar Bartsch

LYRIK

Hoffnung *(von Janina Niemann-Rich)*

Gehwegschäden des Lebens vernarben
sanierte Straßen sichtbar

Abschied *(von Janina Niemann-Rich)*

Du gehst in Liebe
trauerflorschwarz meine Seele
Du hast mich für immer verlassen

Zeitkapsel *(von Janina Niemann-Rich)*

Beunruhigend ruhig
Warten auf Morgen

OP *(von Janina Niemann-Rich)*

Gedanken im Kreisverkehr
Angst ohne Ausweg

Sozial in CSU *(von Jürgen Riedel)*

Gipfelhoch wichtiges Adjektiv
bergbachklare Logik:
Partei des feldschroffen Antisozialismus
ist unsozial